

20.07.1998

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1048
der Abgeordneten Ilka Keller CDU
Drucksache 12/3070

Jugendarbeitslosigkeit in der EU und geeignete Gegenmaßnahmen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1048 vom 4. Mai 1998:

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 100 000 jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren. Die Landesinitiative "Jugend in Arbeit" versucht jetzt, insbesondere den langzeitarbeitslosen Jugendlichen ein Beschäftigungsangebot zu machen. Jugendliche sollen an vier Tagen in der Woche im Betrieb arbeiten, der fünfte Tag ist für die Qualifizierung vorbereitet. Eine ähnliche Initiative hat auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) unter dem Titel "Berufspraktische Qualifizierung für junge Arbeitslose" ins Leben gerufen. Zugleich wird auf europäischer Ebene über die "Förderung von dualen europäischen Berufsbildungswegen einschließlich der Lehrlingsausbildung" diskutiert. Es geht dabei um grenzüberschreitende Mobilität bei der beruflichen Ausbildung.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen haben die EU-Länder mit Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere im Bereich der Langzeitarbeitslosen, gemacht und sind diese mit NRW vergleichbar?
2. Welche Gegenmaßnahmen haben die europäischen Länder ergriffen und wie ist deren Erfolg zu werten?
3. Inwieweit stützt sich die Landesregierung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf Erkenntnisse im europäischen Rahmen?

Datum des Originals: 16.07.1998/Ausgegeben: 21.07.1998

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

4. Wo liegt nach Ansicht der Landesregierung in NRW das Problem der strukturellen Jugendarbeitslosigkeit und kann eine grenzüberschreitende Mobilität der Auszubildenden da Abhilfe schaffen?

Antwort der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport vom 16. Juli 1998 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten, dem Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, dem Finanzminister und der Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung:

Zur Frage 1

Die meisten europäischen Länder weisen in den letzten Jahren eine im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland höhere Jugendarbeitslosigkeit aus. Ende 1997 betrug die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Europa 20,3 % bzw. in absoluten Zahlen 4,66 Millionen. In der Bundesrepublik Deutschland waren nach den vergleichbaren EUROSTAT-Kriterien zum Zeitpunkt Dezember 1997 10,3 % oder 452 600 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet; in NRW betrug die Quote Ende Dezember 9,6 % bzw. 98 787 Jugendliche unter 25 Jahren. Die Langzeitarbeitslosigkeit von jugendlichen Arbeitslosen wird auf europäischer Ebene bislang nicht ausgewiesen. In der Bundesrepublik Deutschland betrug diese Quote Ende 1997 ca. 9 %; in NRW lag sie zum gleichen Zeitpunkt bei 9,6 %.

Im Vergleich zu anderen EU-Ländern, insbesondere in Südeuropa, stellt sich somit die Situation in Deutschland bzw. NRW - statistisch betrachtet - etwas günstiger dar.

Soziale Unruhen bzw. massive Proteste Betroffener in europäischen Ländern sind - mit Ausnahme Großbritanniens - nicht bekannt.

Allerdings ist in vielen europäischen Ländern ein z.T. deutliches Anwachsen von Jugendkriminalität, materiellen Notlagen Jugendlicher und ungeschützter Beschäftigung bzw. "Schattenwirtschaft" dieser Personengruppe zu verzeichnen. Die Gegenmaßnahmen, die in den europäischen Staaten ergriffen wurden, um dem Problem der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit junger Menschen zu begegnen, sind sehr unterschiedlich.

Sie reichen von Orientierungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen, freiwilligen Diensten, Betriebspraktika und Qualifizierungsprogrammen über subventionierte Beschäftigung im öffentlichen und privaten Bereich, Arbeitszeitflexibilisierung und verstärkte Teilzeitarbeit bis hin zu neuen Instrumenten wie z.B. Job-Rotation. Zumeist besteht für die Jugendlichen dabei eine Mitwirkungspflicht in Verbindung mit der Möglichkeit zur Kürzung bzw. Streichung von öffentlichen Unterstützungsleistungen.

Zur Frage 2

Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit haben eine ganze Reihe europäischer Länder spezielle Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt. Hierzu zählen insbesondere die Niederlande, Spanien, Schweden, Dänemark, Großbritannien und Frankreich. Aufgrund unterschiedlicher struktureller Probleme und ökonomischer Entwicklungen ist jedoch kein durchgängiger Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern zu verzeichnen. Die Ausnahmen hiervon bilden Dänemark, wo die Jugendarbeitslosigkeit von 11,8 % (Februar 1996) auf 7,0 % (Februar 1998) sank, sowie die Niederlande, wo ein Rückgang von 11,3 % (Februar 1996) auf 8,5 % (Januar 1998) zu verzeichnen war.

Zur Frage 3

Die Landesregierung stützt sich bei ihrer Initiative "Jugend in Arbeit" vor allem auf Ansätze und Herangehensweisen aus Dänemark und Großbritannien, indem sie auf individuell ausgerichtete Beratungs- und Hinführungsmaßnahmen i.V.m. betrieblichen Beschäftigungsangeboten setzt. Dabei wird der Grundsatz von "Fördern und Fordern" verfolgt, d.h. adäquaten Fördermöglichkeiten und Angeboten steht auch die Verpflichtung des Jugendlichen gegenüber, diese Angebote aktiv zu nutzen.

Zur Frage 4

Die strukturellen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit liegen in zurückgehenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten auf dem Arbeitsmarkt aufgrund wirtschaftlicher Veränderungsprozesse in den letzten 20 Jahren. Insbesondere Angebote für lernschwache Jugendliche sind drastisch zurückgegangen und führen zu wachsender Arbeitslosigkeit junger Menschen ohne bzw. mit schlechten Ausbildungs- und Schulabschlüssen.

Im Rahmen der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft sind der Erwerb von Fremdsprachenkompetenzen und Auslandserfahrung für Auszubildende zunehmend wichtig. Eine grenzüberschreitende Mobilität von Auszubildenden während der Ausbildung durch die Teilnahme an Austauschmaßnahmen kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Eine spürbare Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit durch die Aufnahme einer Ausbildung im benachbarten Ausland kann allerdings nicht erwartet werden. Das deutsche System der dualen Berufsausbildung erbringt nach wie vor Integrationsleistungen für Jugendliche, die weit über den Qualifizierungssystemen im benachbarten europäischen Ausland liegen.